

Zeitschrift: Bulletin.ch : Fachzeitschrift und Verbandsinformationen von Electrosuisse, VSE = revue spécialisée et informations des associations Electrosuisse, AES

Band: 97 (2006)

Heft: 4

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

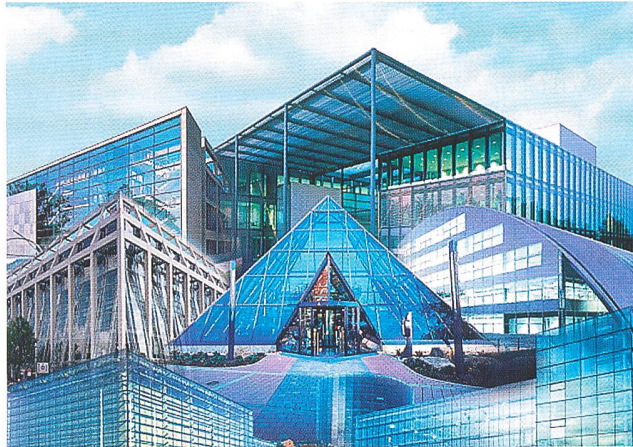
Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eignungsgebiete für Windenergie in Nord- und Ostsee

(bsh) Erstmals hat das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) bestimmte Seegebiete als für die Windenergienutzung besonders geeignete Flächen deklariert. Ab sofort gelten die drei Gebiete «Nördlich Borkum» in der Nordsee sowie «Kriegers Flak» und «Westlich Adlergrund» in der Ostsee als besondere Eignungsgebiete. Diese – unter Berücksichtigung von Schifffahrts- und Umweltinteressen – getroffene Festlegung zugunsten der Windenergienutzung wirke in späteren Genehmigungsverfahren wie ein zustimmendes Sachverständigengutachten für den jeweiligen Standort des Windparks.

Die Festlegung der drei Eignungsgebiete ist ein erster wichtiger Schritt für die noch neue Aufgabe einer übergreifenden marinen Raumordnung in der ausschliesslichen Wirtschaftszone der Bundesrepublik Deutschland (AWZ). Zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung seien Entscheidungen, in welchen Seegebieten welche Nutzungen vorrangig erlaubt oder ausgeschlossen sein sollen, unerlässlich. Hierbei haben die Eignungsgebiete eine wichtige Lenkungs- und



Energieeffizienz: viel Glas an den Fassaden (Bild Interpane).

Steuerungswirkung, ohne dass Einzelprojekte an anderen Standorten ausgeschlossen wären.

Europäische Richtlinie zu «Effizienz und Dienstleistungen»

(ee/vö) Nachdem ein Übereinkommen vom Europäischen Parlament bestätigt wurde, soll die Richtlinie «Energieeffizienz und Energiedienstleistungen» demnächst verabschiedet werden. Der zwischen Präsidentschaft, Berichterstatterin und Kommission verhandelte Kompromiss sieht vor, dass die Mitgliedstaaten in neun Jahren mindestens 9% der Energie einsparen, die an den Endverbraucher verteilt oder verkauft wird.

Die Ziele sind nicht verbindlich, sondern wie vom Rat gefordert, indikativ. Die Mitgliedstaaten werden verpflichtet, drei nationale Energieeffizienz-Aktionspläne auszuarbeiten, die der Kommission 2007, 2011 und 2014 übermittelt werden müssen. In den Anwendungsbereich der Richtlinie fallen Anbieter von Energieeffizienzmassnahmen (Energieverteilern, Verteilernetzbetreibern und Energieeinzelhandelsunternehmen), ausgenommen sind Energieunternehmen, deren Umsatz unter dem Äquivalent von 75 GWh an Energie/Jahr liegt.

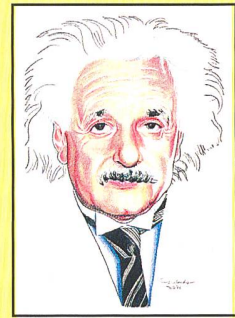
Deutsche Elektrizitätswirtschaft verteidigt höhere Preise

(vd) «Die Anträge auf Strompreiserhöhungen sind auf nachvollziehbare Marktentwicklungen zurückzuführen.» Das erklärte Eberhard Meller, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft (VDEW). «Die bereits erfolgten Genehmigungen von Strompreisanträgen in einigen Bundesländern zeigen, dass die Anträge substantiell sind.» Die geplanten Preiserhöhungen seien vor allem mit den gestiegenen Grosshandelspreisen an den europäischen Strombörsen begründet. «Dadurch sind die Beschaffungskosten deutlich gestiegen», so Meller. Des



Die Festlegung eines besonderen Eignungsgebietes setzt voraus, dass Windenergieanlagen in dem betreffenden Seegebiet weder die Sicherheit der Schifffahrt beeinträchtigen noch die Meeresumwelt gefährden (Bild BSH).

Der Blitzableiter



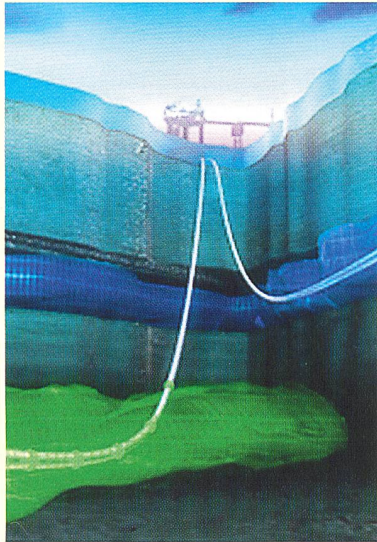
Genie?

Nach all den Feierlichkeiten, Publikationen und Ausstellungen im Jahr 2005 zum «Genie des Jahrhunderts» Albert Einstein bleibt ein schaler Nachgeschmack. Kaum erwähnt wurde, dass in den letzten 100 Jahren tausende kritischer Publikationen erschienen sind, welche dieses Genie anzweifeln bzw. Plagiate anprangern. In kritischen Kreisen, zu denen z.B. auch Nobelpreisträger Frederick Soddy gehört, stellte man fest, dass Einstein sich fast nie mit praktischen Experimenten befasste – auch während des Studiums an der ETH nicht – und angeblich fast keine seiner Formeln selbst erarbeitet habe. Die Tatsache, dass Einsteins abenteuerliche Thesen mit dem gesunden Menschenverstand einfach nicht in Übereinstimmung zu bringen sind, auch nicht für den Physiker, macht sie so anziehend. Eine Theorie, die an so vielen unlösbaren Widersprüchen krankt, landet üblicherweise über kurz oder lang im Papierkorb der Physik. Nicht so die Relativitätstheorie. Ihre Widersprüche wurden nicht erklärt, begründet oder aufgelöst, sondern quasi «per Dekret» als prinzipiell zwar unvorstellbar, doch dennoch richtig erklärt. Hier sollte die Wissenschaft Wissen schaffen.

B. Frankl

Technologieplattform für Nullemissionskraftwerke

(ee/vö) Ende 2005 startete offiziell die Technologieplattform der Europäischen Union für fossile Brennstoffe einsetzende Nullemissionskraftwerke. In diesem Rahmen sollen Elektrizitätsunternehmen, Hersteller, Verbraucher, Behörden, Forscher und die Kommission zusammengeführt werden, um Forschungsaktivitäten in den Bereichen Effizienzsteigerungen sowie Abscheidung und Speicherung von CO₂ zu fördern. Es sollen Technologien entwickelt werden, anhand derer CO₂-Emissionen schon bei ihrer Entstehung in Kraftwerken abgeschieden und in der Folge unterirdisch gelagert werden können, sodass sie nicht in Wechselwirkung mit der Atmosphäre treten und zum Treibhauseffekt beitragen können. Die Technologieplattform wird von einem Advisory Council geleitet, der aus 25 Personen (Erzeugung, Hersteller, Öl- und Gasindustrie, Forschung, NGOs) besteht.



Speicherung von CO₂ unter dem Meer (Bild Statoil).

Weiteren hätten sich die Belastungen aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2005 erhöht und würden auch im Jahr 2006 weiter steigen. «Häufig wird vergessen, dass der Verbraucher inzwischen 40 Cent von jedem Euro auf der Stromrechnung für staatlich gewollte Sonderlasten bezahlt. Damit machen die staatlichen Belastungen den grössten Anteil des Strompreises aus.» Den Vorwurf, die Stromunternehmen würden die Kunden ungerechtfertigt abzocken, wies Meller deutlich zurück.

Australien will Kernenergie prüfen

(ns) Der australische Bildungs- und Wissenschaftsminister Brendan Nelson hat bei Premierminister John Howard eine Motion zur Durchführung einer umfassenden Studie eingereicht, welche die Kernenergieoption für Australien prüfen

soll. In einem Fernsehinterview betonte Nelson, dass Australien es nicht verantworten könne, als Grossproduzent von Uran weltweit Kernkraftwerke zu beliefern, ohne diese Option für sich selbst ernsthaft in Betracht zu ziehen.

Ukraine denkt an eigenes Atomprogramm

(a) Der ukrainische Staatspräsident Viktor Juschtschenko hat sich für ein eigenes Atomprogramm seines Landes ausgesprochen. Die Ukraine müsse

Juschtschenko: Neue Atompolitik und Kooperation mit internationalen Verbündeten.



ihre Politik ändern und selbst Atombrennstoff produzieren, erklärte Juschtschenko. Dazu müsse die Ukraine mit internationalen Verbündeten auf einem ernsthaften politischen und wirtschaftlichen Niveau kooperieren, um einen vollständigen Kreislauf für den Atombrennstoff aufbauen zu können.

Bekanntnis zur Kernkraft nimmt zu

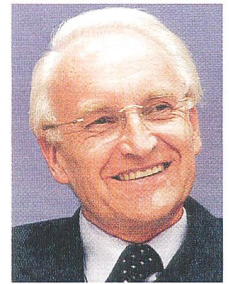
(a) Immer mehr Spitzenpolitiker in Europa bekennen sich zu einem weiteren Ausbau der Kernenergie. So hat sich etwa der tschechische Regierungschef Jiri Paroubek für die Weiterentwicklung der Atomenergie in seinem Land ausgesprochen. Auch der litauische Präsident Valdas Adamkus plädiert für ein neues KKW in seinem Land. Das atomfreie Estland hat bereits angekündigt, sich über die staatliche Energiegesellschaft Eesti Energia an einem künftigen litauischen KKW-Projekt beteiligen zu wollen. Die Ukraine will künftig ihren Atomsektor ausbauen, um die Abhängigkeit vom russischen Gas zu vermindern. Das erklärte der ukrainische Ministerpräsident Juri Jechanurow.

Umbau des Energiemixes in Deutschland?

(csu) In Anbetracht des Gasstreits zwischen Russland und der Ukraine fordert der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber die SPD auf, den Ausstieg aus dem Atomprogramm zu überdenken und die Kernkraftwerke länger am Netz zu lassen. «Der Koalitionsvertrag ist zwar die Grundlage für die Arbeit der Bundesregierung, die Politik geht aber weiter», so die Begründung Stoibers.

Die Atomkraftwerke im eigenen Land seien sicher. Es sei daher überlegenswert, so Stoiber, sich von politisch zum Teil weniger stabilen Energieförderländern weniger abhängig zu machen.

Edmund Stoiber: «Ausstieg aus dem Atomprogramm überdenken.»



Ziel der Union ist es nicht, die Kernenergie weiter auszubauen, sie plädiert vielmehr auf eine neue Austarierung der Mischung verschiedener Energieträger.

Stoiber ist sich bewusst, dass die SPD im Gebiet der Atomenergie eine andere Position als die Union vertritt. Dennoch ist ein Umbau des Energiemixes in Deutschland eine berechtigte Frage, die mit der SPD in aller Freundschaft erörtert werden sollte.

Solar-Milliarden in Kalifornien

(d) Der US-Bundesstaat Kalifornien will den Ausbau von Solaranlagen mit 2,9 Milliarden Dollar fördern. Die Regulierungsbehörde PUC stimmt einem auf elf Jahre angelegten Plan zu. Dieser beruht vor allem auf Vergünstigungen für Hausbesitzer beim Umrüsten auf Solarenergie. Gouverneur Arnold Schwarzenegger begrüßte den Plan als grossen Schritt für eine umweltfreundliche Energieversorgung.

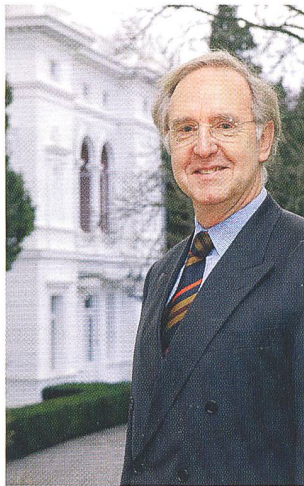
612 GW Höchstlast in Europa

(ee/vö) Eurelectric veröffentlicht in ihrem Eurprog-Bericht jährlich die wichtigsten Daten über den Stromsektor ihrer Mitgliedsländer. Zur Erstellung dieses Berichts wurden Daten aus 29 europäischen Ländern gesammelt, geprüft, aufbereitet und in Tabellen und Grafiken visualisiert. Eurprog 2005 enthält historische Daten für die Jahre 1980, 1990, 2000, 2002 und 2003 und eine Vorschau auf die Jahre 2005, 2010 und 2020. Die Vorschau zeigt,

dass die Höchstlast bis zum Jahr 2020 bei einer jährlichen Steigerung um 1,5% auf 612,3 GW betragen wird, die Gesamtnachfrage wird für das Jahr 2020 mit 3689 TWh prognostiziert. Der Bericht geht davon aus, dass sich der Anteil der erneuerbaren an der Stromerzeugung vervierfachen wird, wobei der Anteil der Kernenergie um 16 % zurückgehen wird.

Bundeskartellamt untersagt E.ON Ruhrgas langfristige Lieferverträge

(bk) Das deutsche Bundeskartellamt hat der E.ON Ruhrgas AG in einer förmlichen Untersagungsverfügung mitgeteilt, dass die Gaslieferverträge mit Weiterverteilern in ihrer Kombination von langfristigen Bezugsverpflichtungen und hohem Grad an tatsächlicher jährlicher Bedarfsdeckung gegen europäisches und deutsches Wettbewerbsrecht verstossen. Das Amt hat E.ON Ruhrgas eine solche Praxis untersagt. Die Entscheidung ist sofort vollziehbar. Bundeskartellamtspräsident Ulf Böge: «Langfristige Vertragsbindungen von Weiterverteilern haben eine marktabschottende und damit preiserhöhende Wirkung, da sie den Markteintritt neuer Wettbewerber verhindern und dritten Anbietern Liefermöglichkeiten auf Jahre hin entziehen.» ... «Das Bundeskartellamt stand während des gesamten Verfah-



Dr. Ulf Böge, Präsident des deutschen Bundeskartellamtes: «in engem Kontakt mit der Europäischen Kommission».

rens in engem Kontakt mit der Europäischen Kommission und hat Unterstützung in seinem Vorgehen erhalten.»

Das Bundeskartellamt untersagt E.ON Ruhrgas bereits bestehende langfristige Vereinbarungen mit Weiterverteilern, die mehr als 80% des tatsächlichen Gasvertriebsbedarfs abdecken. Diese Vereinbarungen sind spätestens mit Ablauf des laufenden Gaswirtschaftsjahrs zum 30. September 2006 abzustellen.

Bei dem Abschluss neuer Vereinbarungen mit Regional- und Ortsgasunternehmen sind solche Verträge untersagt, deren Laufzeit vier Jahre überschreitet und deren tatsächlicher Vertriebsbedarf mehr als 50% beträgt oder deren Laufzeit bei einer Bedarfsdeckung von über 80% über zwei Jahre hinausgeht.

Durch die Untersagungsverfügung des Bundeskartellamts, gegen die man gerichtlich vorgehen werde, sieht Dr. Burckhard Bergmann, Vorstandsvorsitzender der E.ON Ruhrgas AG, die Erdgasbeschaffung erschwert. Wer bei verschärfter internationaler Konkurrenz und dem aggressiven Agieren internationaler Schwergewichte wie GdF, Dong, Shell, Wingas/Gazprom auf dem deutschen Markt deutsche Versorger bewusst schwäche, schädige damit zugleich die Intensität des Wettbewerbs und zugleich die Versorgungssicherheit.

Ausbau der Wasserkraft

(or) Der Tiroler Landeshauptmann Herwig Van Staa ist überzeugt, dass am Ausbau der Wasserkraft kein Weg vorbeiführt. «Dies ist auch sowohl im Wahlprogramm der Tiroler Volkspartei als auch im Regierungsprogramm, das gemeinsam mit der SPÖ vereinbart wurde, festgehalten.»

Chirac kündigte 4. KKW-Generation an

(a) Angesichts immer höherer Öl- und Gaspreise setzt Frankreich auch in diesem Jahrhundert voll auf die Atomenergie. Die französische Industrie reagiert begeistert auf die Ankündigung von Staatspräsident Jacques Chirac, eine vierte KKW-Generation entwickeln zu wollen, die ab 2020 in Betrieb gehen soll.

Chirac forderte auch andere Länder und Unternehmen in Europa und dem Rest der Welt auf, sich dem Projekt anzuschließen. Derzeit laufen in Frankreich Reaktoren der so genannten zweiten Generation; als erstes Modell einer dritten Generation gilt der europäische Druckwasserreaktor EPR, der in Finnland und Frankreich in den kommenden Jahren ans Netz gehen soll.

Das Projekt eines Reaktors der vierten Generation sei bei ihrem Unternehmen bereits in Arbeit, sagte Areva-Chefin Anne Lauvergeon. Areva hatte zusammen mit Siemens bereits den EPR-Reaktor entwickelt.

SNCF se dit favorable au «tout électrique»

(ex) Présentant la future politique énergétique de la France à l'ère de l'après-pétrole, Jacques Chirac souhaite que les transporteurs publics optent massivement pour des carburants alternatifs. Le chef de l'Etat fixe un cap sur vingt ans.

Plus une goutte «d'or noir» d'ici vingt ans. La RATP et la SNCF sont ainsi priées par Jacques Chirac de ne plus rouler au pétrole à l'horizon 2025. A charge pour les deux transporteurs publics de montrer l'exemple dans l'ère post-pétrole en optant pour une source d'énergie alternative, telle que la «chimie verte». Et le chef de l'Etat de rappeler l'objectif qu'il a assigné au gouvernement: multiplier le biocarburant par cinq en deux ans. De sorte qu'à la fin 2007, les voitures de fonction des administrations et des établissements publics consomment au moins un tiers de biocarburants.

La SNCF, du reste, ne s'en cache plus. «L'électrique coûte globalement trois fois moins cher que le diesel.» On mesure d'autant mieux l'attrait du «tout électrique» quand on sait que le groupe présidé par Louis Gallois a grillé l'an dernier 267 millions de litres de gazole pour 150 millions d'euros. Mieux. Les locomotives électriques sont aussi moins chères que leurs équivalentes diesel et surtout, plus puissantes et plus faciles à entretenir. La SNCF possède 2500 locomotives diesel sur un parc total de 5820 engins moteur.



Jacques Chirac: Plus une goutte «d'or noir» d'ici vingt ans.